Beiträge zur Geschichte des Regensburger Reichstages vom Jahre 1541.

Von Oberlehrer Dr. **Heidrich.**

Als Karl V. am 14. September 1540 von Brüssel aus das Ausschreiben zu einem Reichstage erließ, der am 6. Januar 1541 in Regensburg zusammentreten sollte, um in erster Linie eine endgültige Vergleichung in der Religionsfrage herbeizuführen, war es ihm mit der Ausführung dieses Planes, soweit sie wenigstens von ihm abhing, voller Ernst. Wie schon so oft vorher, waren es auch jetzt wieder die politischen Ereignisse, die ihn zwangen, eine friedliche Einigung mit den Protestanten zu suchen. Ein gewaltiger Bund schien gegen ihn im Winter 1539/40 im Werke zu sein, dessen Mittelpunkt der Herzog von Cleve war und der nicht nur den Schmalkaldischen Bund und den König von England, sondern auch die deutschen katholischen Fürsten umfassen sollte. Dazu drohte ein neuer gewaltiger Angriff der Türken, so daß Karl, wollte er seine Krone nicht in Gefahr bringen, den Protestanten entgegenkommen mußte. Wenn auch freilich infolge der zu großen Verschiedenheit der Interessen aus diesem Bunde nichts wurde, so blieb auch noch gegen Ende des Jahres 1540 Karls Lage immer noch bedenklich genug; denn das Verhältnis zu Frankreich verschlechterte sich zusehends, wie es am besten die Vermählung der Nichte des französischen Königs, Johanna von Navarra, mit dem Herzog von Cleve zeigte, und vor allem lauteten die Nachrichten über die Türken immer bedrohlicher, so daß bei dem Kaiser aller Wahrscheinlichkeit nach schon zu Beginn des Jahres 1541 der Plan feststand, noch in diesem Jahre den Zug nach Algier zu unternehmen. Bemühte er sich auch, diese Absicht zunächst noch in tiefes Dunkel zu hüllen, so tauchten doch bald Vermutungen auf, daß Karl sich in Regensburg nicht lange aufhalten und bald nach Italien ziehen würde, für den Kaiser ein Grund mehr, sich grade jetzt die Gunst der Protestanten nicht zu verscherzen. Vielmehr tat er alles, um ihnen klar zu zeigen, daß an seinem guten Willen, die religiöse Verständigung herbeizuführen, nicht zu zweifeln sei.

Zwar zu dem ursprünglich angesetzten Termine, dem 6. Januar, konnte er selbst in Regensburg nicht erscheinen; als er aber am 18. Januar in Speier ankam, war es ursprünglich seine Absicht, bereits am 24. Januar aufzubrechen, um Ende desselben Monats

---

Die vorliegende Abhandlung ist nur der erste Teil einer größeren Arbeit, die unter dem Titel „Beiträge zur Geschichte der Reichstage von 1541—46" in Jahresfrist erscheinen soll. Infolgedessen habe ich hier, um diese Schrift nicht zu umfangreich werden zu lassen, die Quellenbelege und erläuternden Anmerkungen fortgelassen, ebenso fehlt die Einleitung. Ich bringe vielmehr nur den darstellenden Text. Hinweisen will ich nur noch darauf, daß ich für die folgende Darstellung abgesehen von dem gedruckten Material auch eine Reihe von Archiven benutzt habe, und zwar die Archive von Bamberg, Berlin, Brüssel, Cöln, Frankfurt, Memmingen, München und Würzburg.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

noch in Regensburg zu sein und den Reichstag mit Rücksicht auf die geplante Expedition nach Algier so schnell wie möglich zu beenden. Hieran wurde er jedoch durch einen heftigen Gichtanfall gehindert, der ihm insofern wenigstens gelegen kam, als er es ihm ermöglichte, den Protestanten noch von hier aus nicht nur die gewünschten Geleitsbriefe zu geben, sondern auch ein Mandat zu erlassen, durch das er die Suspension der Acht gegen Goslar und Minden wie den Stillstand aller Prozesse, die gegen die Protestanten am Kammergericht schwebten, anordnete. Trotzdem er sich immer noch sehr angegriffen fühlte, brach er doch am 5. Februar auf, um seiner Zusage gemäß um den 20. dieses Monats in Regensburg einzutreffen und durch seine Ankunft die säumigen deutschen Stände zu desto schnellerem Erscheinen zu veranlassen. Auch auf dem Wege nach Regensburg bemühte sich Karl, den Protestanten zu zeigen, daß er durchaus von friedlichen Gesinnungen gegen sie erfüllt sei. Von Heidelberg, wo er den Kurfürsten zu persönlichem Erscheinen veranlaßte, ritt er am 11. Februar in der protestantischen Reichsstadt Schwäbisch-Hall ein, wo man seiner Ankunft nicht ohne eine gewisse Furcht entgegensah im Hinblick auf die strengen Edikte und Hinrichtungen, die Karl eben erst in den Niederlanden verfügt hatte. Karl jedoch zeigte sich gnädig und leutselig, ohne der Religion mit einem Worte zu gedenken. Auch in Nürnberg, wo er am 16. Februar eintraf und wo er mit großer Feierlichkeit empfangen wurde, gegen die seine einfache schwarze Kleidung nur um so mehr abstach, vermied er es sorgfältig, die religiösen Gefühle der Protestanten zu verletzen. Sehr befriedigt von der glänzenden Aufnahme, die er hier gefunden hatte, und voller Hoffnung, etwas Ersprießliches auf dem Reichstag erreichen zu können, langte er, dem man die überstandene Krankheit noch ansah, am 23. Februar in Regensburg an, wo er aber trotz seines ermahnenden Schreibens von Speier aus, in dem er die Fürsten dringend zum persönlichen Kommen aufgefordert hatte, von diesen, von dem Bischof von Regensburg abgesehen, nur die Herzöge Ludwig von Baiern und Heinrich von Braunschweig antraf.

Da die Stände in den folgenden Tagen nur sehr langsam und spärlich eintrafen, sah Karl sich genötigt, am 1. März ein weiteres Schreiben ausgehen zu lassen, in dem er entsprechend seiner mündlichen Äußerung den Mainzischen Gesandten gegenüber darauf hinwies, daß er trotz seiner Krankheit rechtzeitig hier eingetroffen sei, und in dem er sofortiges Erscheinen verlangte. Obwohl im Laufe der ersten Tage des März die Stände zahlreicher erschienen und bezeichnenderweise grade viele geistliche Fürsten, so reichte ihre Zahl immer noch nicht aus, um den Reichstag eröffnen zu können. Karl zog es daher vor, für einige Tage nach Straubing zur Jagd zu reiten, um sich dort von der kaum überstandenen Krankheit zu erholen. Endlich, in der zweiten Hälfte des März, trafen mehr Reichsstände ein, aber immer noch zu Karls großem Verdruß langsam genug, der den Reichstag gern so schnell wie möglich eröffnet und ihn ebenso schnell wieder geschlossen hätte, um nach Algier zu eilen. Aber er hatte eben nicht mit der Langsamkeit der deutschen Stände gerechnet. Nichts ist dafür bezeichnender als die Bemerkung der Cölner Gesandten, die, als sie endlich am 3. April, also über einen Monat zu spät, anlangten, wohlgemut ihren Herrn berichteten, sie seien grade zur rechten Zeit, nicht zu spät und nicht zu früh, eingetroffen.

Zwei Tage darauf eröffnete der Kaiser den Reichstag durch eine Proposition, in der er als Hauptaufgabe die religiöse Einigung hinstellte, während er die notwendige Bekämpfung der Türken und die deshalb zu leistende Reichshilfe erst in zweiter Linie erwähnte; um das erste Ziel zu erreichen, schlug er den Ständen gleichzeitig vor, ihm die

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Ernennung von geeigneten Kollokutoren zu überlassen. Zwar war seine Hoffnungsfreudigkeit, die religiöse Vergleichung auch wirklich herbeizuführen, nicht mehr dieselbe wie bei seiner Ankunft, wozu das langsame Erscheinen der Stände nicht wenig beigetragen hatte, sein Ziel war aber unverrückbar dasselbe geblieben, seinerseits durch möglichstes Entgegenkommen den Reichstag wieder schnell schließen und von da über Italien nach Algier ziehen zu können. Auf protestantischer Seite erkannte man auch Karls guten Willen durchaus an. Auch Luther gestand zu, daß der Kaiser den Protestanten sehr gnädig entgegenkomme; ja, es tauchte sogar die Ansicht auf, daß Karl, wenn er nur selbst, ohne jede fremde Beeinflussung, viel vom rechten Glauben gehört und gelesen hätte, er in der Sache des Evangeliums anders handeln würde; noch weiter ging Christoph von Württemberg in seinem Optimismus, der bereits ganz Deutschland der neuen Lehre gewonnen sah. Diese überschwänglichen Hoffnungen waren aber nur vereinzelt; um sie herabzustimmen, trug zunächst Karl selbst bei, der, je gnädiger er sich den Protestanten erwies, umso eifriger sich nach außen hin als treuer Sohn der Kirche zeigte, der alle ihre Gebote gewissenhaft erfüllte. Ferner mußte auch die reiche Schar von Bischöfen, die Karl bei der Eröffnung des Reichstags umgab, auch diejenigen, die mit großen Hoffnungen hergekommen waren, stutzig machen, und im allgemeinen kann man sagen, daß man sich auf protestantischer Seite schon vor und zu Beginn der Verhandlungen nur wenig von ihnen versprach. Trotzdem waren die Protestanten mit ihrer Antwort auf Karls Proposition, die am 6. April von 50 Schreibern abgeschrieben wurde, schneller bei der Hand als die Katholiken. Hatte es schon nicht leicht gehalten, die ersteren zu einer einmütigen Antwort zu bewegen, so kam bei letzteren noch erschwerend für eine einhellige Erwiderung der Umstand hinzu, daß unter ihnen der alte Streit zwischen Fürsten und Städten von neuem ausbrach. Diesmal aber waren es vorläufig nur die katholischen Fürsten, welche die katholischen Städte von der Beratung ausschließen wollten. Da diese außerdem im Gegensatz zu den Fürsten, die dem Kaiser das alleinige Ernennungsrecht der Kollokutoren bestritten, bereit waren, Karls Wunsche zu willfahren, so kam es schließlich dahin, daß die katholischen Städte sich von den Fürsten trennten und durch den Cölnischen Gesandten Karl eine besondere Antwort gaben, die sich ganz der der Protestanten anschloß und die Ernennung der Kollokutoren dem Kaiser überließ. So war ja der volle Ausbruch des Zwistes zwischen den Fürsten und Städten noch vermieden worden, da die protestantischen Städte sich von ihren Fürsten nicht gesondert hatten, aber daß die Stimmung zwischen beiden Parteien im ganzen schon gereizt war und das Wiederaufleben des Streites in seinem gesamten Umfange nicht mehr in weiter Ferne zu liegen schien, geht aus dem Beschluß der allgemeinen Städteversammlung hervor, die am 8. April stattfand. Es wurde zunächst die völlige Einigkeit unter allen Städten, von der Glaubensfrage natürlich abgesehen, festgestellt und dann ein Ausschuß von sechs Städten, nämlich Cöln, Straßburg, Metz, Augsburg, Nürnberg und Konstanz, eingesetzt, der sich mit der alten Streitfrage befassen und über Gegenmaßnahmen beraten sollte. Für die protestantischen Fürsten kam es infolgedessen darauf an, ihre Städte nicht durch gleiches schroffes Vorgehen zu verletzen, damit durch ihre Absonderung und Vereinigung mit den katholischen Städten der Schmalkaldische Bund nicht geschwächt werde, was ihnen ja auch während der Dauer des Regensburger Reichstages gelungen ist. Für Karl war aber durch diese Trennung eine Erschwerung seiner Aufgabe eingetreten, denn es war doch nicht sicher, ob die katholischen Städte auch in allen späteren Fragen mit den Protestanten Hand in Hand gehen würden; er konnte vielmehr für die Zukunft damit rechnen,

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

daß diese ihren eignen Weg gehen und so eine neue Partei entstehen würde, mit der er zu unterhandeln habe.

In dieser schwierigen Lage war es ein Glück für ihn, daß er in Naves einen Mann besaß, der, wie sich später zeigen sollte, zur Unterhandlung mit den Städten und zur Vermittlung der Gegensätze vorzüglich geeignet war. Schon am 11. April, wo der Zwist zwischen den Fürsten und Städten bereits ausgebrochen war, berichten die Würzburger Gesandten, daß Naves von Karl und Granvella viel herangezogen werde und Helds Geschäfte übernommen habe, und tatsächlich wurde er im Mai an dessen Stelle kaiserlicher Vizekanzler. Auch auf fürstlicher Seite war man schon auf ihn aufmerksam geworden, und man bemühte sich, die Fürsprache des bereits einflußreichen Mannes durch „Verehrungen" zu gewinnen. In demselben Schreiben vom 11. April fragten die Würzburger Räte bei ihrem Herrn an, ob er Naves eine „Verehrung" tun lassen wolle. Die Antwort des Bischofs fiel zustimmend aus, aber ausdrücklich verlangte er auch, daß sie Naves die Förderung seiner Angelegenheiten recht warm ans Herz legen sollten. Tatsächlich überreichten sie ihm auch im Namen ihres Herrn 70 Goldgulden, die er mit großem Danke annahm, wie er übrigens drei Jahre später in Speier, als ihm der Landgraf 1000 Gulden für seine Bemühungen in der Braunschweigischen Angelegenheit zu Gunsten der Protestanten anbot, trotz anfänglichen Sträubens diese schließlich nicht zurückwies. Mit der Annahme dieser Geldsumme stellte er sich in Gegensatz zu Granvella, dem von dem Würzburger Bischof ebenfalls in Regensburg eine „Verehrung" zugedacht war, die in mehreren Fäßchen des besten Frankenweins nebst einem vergoldeten Trinkgeschirr im Werte von über 100 Gulden bestand. Den Wein allerdings nahm er an, das Trinkgeschirr wies er energisch zurück, wie er es später auch in Augsburg mit barem Gelde tat.

Am 27. April begann in Regensburg das Colloquium, aber nur zu bald sollte sich zeigen, daß die Frankfurter Gesandten mit ihrer Besorgnis, daß nicht viel ausgerichtet werden würde, Recht behalten sollten. An Karls gutem Willen zweifelten die Protestanten auch jetzt noch nicht, aber von ihm hing, wie es die Frankfurter Gesandten schon vor dem Beginn des Gespräches klar erkannten, die Entscheidung nicht ab, sondern diese lag in Rom, und sie fiel gegen ihn aus. Kein Wunder, daß jetzt auch auf protestantischer Seite, wo man ja von dem Colloquium nie viel erhofft hatte, die Stimmung vollkommen umschlug; man wäre jetzt am liebsten des ganzen Gesprächs überhoben gewesen, ja, es tauchte sogar schon der Verdacht auf, daß es nur ein Scheinhandel sei, mit dem man sie hinziehen wolle. Schließlich mußte auch Karl Mitte Mai einsehen, daß sein Werk jetzt im Grunde genommen gescheitert sei, wenn sich die religiösen Verhandlungen auch noch längere Zeit hinzogen; vergebens waren alle seine Bemühungen und sein persönliches Eintreten gewesen, und es war keine Übertreibung, wenn er seiner Schwester schrieb, daß er hier derart mit Geschäften überladen sei, daß er oft nicht aus- noch einwisse. Schweren Herzens entschloß er sich daher, diesen Plan, wenn auch noch nicht ganz, bei Seite zu schieben, da er in der Folge noch versuchen mußte und wollte, aus dem Schiffbruch wenigstens einiges zu retten, und neben ihm jetzt die zweite Angelegenheit, zu deren Erledigung er den Reichstag berufen hatte, energisch in Angriff zu nehmen, nämlich die Reichsunterstützung gegen die Türken.

Umso notwendiger wurde jetzt die Erörterung und möglichst schnelle Beschlußfassung dieser Frage, als die Meldungen, die Ferdinand von seinem Unterhändler Laski aus Konstantinopel über die Türkengefahr erhielt, immer gefährlicher lauteten. Ursprünglich

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

gingen die Nachrichten dahin, daß die Türken seiner Ansicht nach dies Jahr mehr eine Flottenunternehmung als einen Landangriff gegen Ungarn vorzuhaben schienen; trotzdem hatte Laski aber auch nie verfehlt, Ferdinand zur Gegenwehr zu ermahnen, um für alle Fälle gerüstet zu sein. Die Ermahnungen waren überflüssig gewesen, denn der König hatte schon vorher sich selbst bemüht, mit Unterstützung seiner Länder möglichst zahlreiche Truppen aufzubringen, da er selbst die Offensive ergriffen hatte, um Ofen den Türken wieder zu entreißen; ebenso hatten Vertreter seiner Landschaften und dann er selbst Contarini noch vor Beginn des Reichstages gebeten, sich bei dem Papst um Hilfe für ihn zu verwenden. In Regensburg war darauf der päpstliche Legat von dem Bischof von Agram im Namen der ungarischen Stände sogar angegangen worden, Karl dahin zu bewegen, die Religionsangelegenheiten einstweilen bei Seite zu stellen und seine ganze Aufmerksamkeit der türkischen Angelegenheit zuzuwenden, ein Ansuchen, das Contarini mit umso größerer Berechtigung ablehnen konnte, als die Nachrichten aus Ungarn für Ferdinand günstig lauteten und die geplante Eroberung Ofens in den Bereich der nahen Möglichkeit gerückt zu sein schien. Da berichtete Laski in denselben Tagen, in denen Karl die Aussichtslosigkeit seiner religiösen Einigungsverhandlungen einsehen mußte, als feststehende Tatsache, daß der Sultan persönlich mit einem gewaltigen Heere im Juni nach Ungarn aufbrechen werde. Für Ferdinand mußte diese Meldung ein Antrieb mehr sein, Ofen, dessen Belagerung er am 3. Mai ernstlich begonnen hatte, vor der Ankunft dieses Entsatzheeres zu nehmen; bereits Ende Mai hoffte man in Regensburg ebenso wie auch Ferdinand auf die baldige Kunde von der Eroberung Ofens. Jedoch bitter sollte man sich getäuscht haben; der Sturm am 2. Juni war vergeblich, die Angreifer büßten ihn mit einem nicht unerheblichen Verluste von Toten und Verwundeten. Dazu kamen immer neue Nachrichten von Laski, daß ein starkes türkisches Heer Ende Juni zum Entsatze Ofens heranrücken würde.

Unter diesen Umständen blieb Karl nichts anderes übrig, als mit allem Ernst sich der türkischen Angelegenheit zuzuwenden. Freilich, er selbst konnte Ferdinand nicht helfen; waren doch bereits seine Vorbereitungen und Rüstungen für die Algierische Expedition soweit vorgeschritten, daß, selbst wenn er es gewollt hätte, er sie nicht mehr rückgängig machen konnte. Da Ferdinand hierdurch auf sich allein angewiesen blieb, mußte Karls Hauptaugenmerk darauf gerichtet sein, die deutschen Stände zur energischen Unterstützung seines Bruders zu veranlassen. Und da war die wichtigste Frage, wie die Protestanten sich zu dieser Hilfeleistung stellen würden. Einerseits war es klar, daß sie wie früher auch die jetzigen für sie so günstigen Umstände benutzen würden, um möglichst viel Vorteile für sich herauszuschlagen, andererseits war es ebenso ohne weiteres einleuchtend, daß an eine energische Bekämpfung der Türken ohne ihre Unterstützung nicht zu denken war. So galt es für Karl einen neuen diplomatischen Waffengang mit den Protestanten; es mußte sich zeigen, ob er, nachdem er eben im Kampfe mit den Protestanten und Katholiken zusammen unterlegen war, hier wenigstens, wo er es nur mit ihnen allein zu tun hatte, ihrer Meister wurde.

Mit der Türkengefahr hatte sich bereits der schmalkaldische Bundestag zu Naumburg beschäftigt, und es war dort von den Schmalkaldnern beschlossen worden, nur gegen Zusicherung eines beständigen Friedens und gleichmäßigen Rechtes Hilfe zu leisten, d. h. sie verlangten äußere Sicherstellung gegen etwaige Angriffe wegen ihrer Religion und dann Neubesetzung des Kammergerichtes in protestantischem Sinne, das eben dank seiner Besetzung neue Prozesse gegen die Protestanten anhängig gemacht hatte. Dementsprechend

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

hatten auch die Schmalkaldener sofort in ihrer Antwort vom 9. April auf Karls Proposition ihre Zustimmung zu einer Hilfe von der Erfüllung dieser beiden Wünsche abhängig gemacht. Zunächst allerdings hatte diese Forderung praktisch noch nichts zu bedeuten, da, wie erwähnt, während der Monate April und Mai die Türkenfrage hinter der Religionsfrage ganz zurücktrat. In Fluß kam diese ganze Angelegenheit erst Anfang Juni, als, wie oben erwähnt, einmal die Aussichten Karls auf die religiöse Vergleichung gescheitert und dann durch den mißlungenen Sturm vom 2. Juni Ferdinands Hoffnung auf die Eroberung Ofens wenn auch nicht ganz geschwunden, so doch stark herabgemindert war, namentlich da an dem bevorstehenden Anmarsch der Türken nicht mehr zu zweifeln war.

Die Ereignisse überstürzten sich jetzt förmlich in den folgenden Tagen. Noch bevor Karl von dem Mißgeschick seines Bruders etwas wußte, knüpfte er, als er am 8. Juni den Ständen das Regensburger Buch übergab, zum Schluß die Bitte daran, jetzt auch die weiteren Artikel der Proposition zu beraten, und zwar vor allem die Türkenhilfe und Friede und Recht. Den folgenden Tag erschien vor den Reichsständen eine ungarische Gesandtschaft, deren Sprecher Frangipani die Not Ungarns mit derart lebhaften Farben schilderte, daß er einen Teil der Fürsten bis zu Tränen rührte. Der Eindruck seiner Rede wurde noch gesteigert, als Karl die neuen Nachrichten über den mißlungenen Sturm aus Ofen verlesen ließ. Dem Bittgesuch der Ungarn schloß sich am selben Tage noch ein Vortrag einer österreichischen Gesandtschaft an, die ebenfalls flehentlich um Hilfe bat. Hierauf trat diese Frage jetzt gegenüber der religiösen durchaus in den Vordergrund, wenngleich die Verhandlungen über diese letztere sich noch bis in den Juli hineinzogen. Beide Parteien, Katholiken wie Protestanten, mußten jetzt Stellung zu ihr nehmen. Betreffs der ersteren durfte Karl hoffen, daß sie sich mit Rücksicht auf die Notlage der Hilfe gegenüber nicht ablehnend verhalten würden, und mit einiger Übertreibung wußte Morone bereits wenige Tage nach dem Ersuchen Karls zu berichten, daß die Katholiken zur Unterstützung sehr bereit seien. Viel wichtiger aber war für den Kaiser die Stellungnahme der Protestanten. Gemäß den Naumburger Beschlüssen einigten sich die Schmalkaldener noch am 13. Juni dahin, ohne die Gewährung von beständigem Frieden und gleichmäßigem Recht keine Hilfe zu leisten und in dieser Angelegenheit für einen Mann zu stehen. Einen Tag darauf, am 14. Juni, ließ Karl, der am 9. Juni erst im allgemeinen um Beratung auch dieser Angelegenheit ersucht hatte, durch den Pfalzgrafen Friedrich, der sich nicht nur bei Karl, sondern auch bei den Ständen eines großen Ansehens erfreute, einen ausführlicheren Vortrag den Ständen über diese Angelegenheit halten, und zwar den Protestanten und Katholiken gesondert, um auf diese Weise den Sessionsstreitigkeiten zwischen den einzelnen Fürsten, die auch hier schon die Verhandlungen unliebsam gestört hatten, möglichst vorzubeugen. Karl ließ jetzt in erster Linie um eine eilende Hilfe bitten, an die sich dann eine beharrliche anschließen sollte; gleichzeitig hiermit ließ Ferdinand, dessen Ankunft sich infolge der ungarischen Ereignisse noch verzögert hatte, eine Schrift durch seine Räte überreichen, in der er die gleiche Bitte aussprach. Die Antwort der Protestanten erging bereits den nächsten Tag und fiel wie zu erwarten aus; sie erklärten sich im allgemeinen zur Unterstützung bereit, machten aber ihre Leistung von der Erfüllung ihrer beiden Forderungen abhängig.

Im Gegensatz zu dieser schnellen protestantischen Antwort verzögerte sich die der Katholiken, und zwar grade wegen des Ausbruches von Sessionsstreitigkeiten, allerdings nicht unter den Fürsten, wie Karl gefürchtet hatte, sondern wieder zwischen den Fürsten

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

und den Städten wegen der Stimmberechtigung. Da auch die katholischen Kurfürsten sich mit den Fürsten über eine gemeinsame Antwort nicht verständigen konnten, so kam es zu drei besonderen Bedenken der Katholiken, die am 17. Juni im Rate verlesen und dann Karl zugestellt wurden, so daß das Reich jetzt, wie es die Würzburger Räte nicht genug beklagen konnten, in vier Teile gespalten war. Trotzdem waren die vier Schriftstücke, so verschieden sie auch in den Einzelheiten waren, doch in der Hauptsache einig, denn aus allen ergab sich einmal in Hinsicht auf die drohende Gefahr die Geneigtheit, die eilende Hilfe zu leisten, ebenso knüpften alle diese Hilfe an die Erfüllung gewisser Bedingungen. Da die katholischen Kurfürsten und noch schärfer die Fürsten verlangten, daß, bevor die eilende Hilfe geleistet werden könne, im Reiche erst Friede und Recht erhalten und gehandhabt werde, so schienen sie sich mit dieser Forderung den protestantischen Standpunkt zu eigen gemacht zu haben, doch es war ein großer Unterschied für den Kaiser, ob er nur die katholische Forderung zu bewilligen hatte, die doch im Grunde nur auf eine Erneuerung des Landfriedens und eine weitere Unterhaltung des Kammergerichtes in der alten Besetzung hinauslief, oder ob er dem protestantischen Ansinnen sich fügen sollte, das doch nichts anders als „eine dauernde Sicherstellung vor tätlicher und rechtlicher Vergewaltigung“ war. Am meisten näherten sich noch dem protestantischen Standpunkte die katholischen Städte, begreiflich genug, da die Städte ja überhaupt unter der Unsicherheit der ganzen Verhältnisse am meisten zu leiden hatten. Außerdem tauchte für den Kaiser noch eine neue Schwierigkeit auf, als alle Städte, katholische wie protestantische, schon jetzt zu dem Beschluß kamen, die beharrliche Hilfe nur dann zu bewilligen, wenn die Lasten gleichmäßiger verteilt würden und deshalb an Stelle der alten Anschläge eine neue bessere Erhebungsart trete. Für Karl kam es zunächst aber darauf an, die Zersplitterung, die die Verhandlungen sehr erschwerte, zu beseitigen und die Stände trotz aller Bedenken wegen des Ausbruches von Sessionsstreitigkeiten zwischen den protestantischen und katholischen Fürsten wieder zu gemeinsamer Beratung zu veranlassen; jedenfalls hatte sich gezeigt, daß es ohne Zwistigkeiten einmal nicht abging, und da mußte ihm eine Verhandlung mit zwei Parteien immer noch leichter und zweckdienlicher erscheinen als eine solche mit vieren. Mit diesem Wunsche nach gemeinsamer Beratung kam er nur einem solchen der katholischen Fürsten entgegen, die bereits aus sich heraus den Beschluß gefaßt hatten, deshalb den Bischof von Brixen zu ihm zu schicken. Nachdem dann Karl am 19. Juni die Stände durch Naves um Beschleunigung ihrer Beratungen ersucht hatte, wobei die Reichsstädte nicht verfehlten, dem Vizekanzler ihre Beschwerden über die Fürsten vorzubringen, erschien am folgenden Tage in kaiserlichem Auftrage wieder Pfalzgraf Friedrich vor allen Ständen wie auch noch besonders vor den Protestanten und verlangte eine gemeinsame Antwort. Die Protestanten erklärten schließlich ihre Bereitwilligkeit; aber nur zu unverbindlichen Verhandlungen, so daß, wenn ihre Forderungen nicht ihrem Verlangen entsprechend erledigt würden, sie zu nichts verpflichtet seien. Ebenso erklärten sie ausdrücklich, einen etwaigen Mehrheitsbeschluß nicht anerkennen zu wollen. War daher ihre Zustimmung zur weiteren Beratung auch nur eine bedingte, ein Fortschritt war es für Karl immerhin, und er konnte für die Zukunft noch mehr erwarten, als an demselben Tage, wo er diese Antwort erhielt, Ferdinand in Regensburg eintraf, der als der am meisten Interessierte auch am meisten Karl unterstützen mußte.

Ursprünglich hatte man seine Ankunft schon viel eher erwartet, aber einmal hatte er in seinen Ländern noch genügend zu tun gehabt, um von ihnen eine Unterstützung zu

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

erlangen, und dann hatte Karl ihn selbst noch ermahnt, erst den Erfolg der Belagerung Ofens abzuwarten, da sein Erscheinen in Regensburg gegen Ende des Reichstages vollkommen genüge. Der mißglückte Sturm machte jedoch sein persönliches Eintreten für die so schnell wie möglich aufzubringende Unterstützung dringend notwendig, zumal ein Versuch, Mitte Juni Ofen durch Verrat zu nehmen, ebenfalls gescheitert war. Bereits einen Tag nach seiner Ankunft fand eine Versammlung aller Reichsstände statt, bei der Katholiken und Protestanten sich gemeinsam in ihren Räten eingefunden hatten; in Hinblick auf die Notlage ließ der Kaiser um die sofortige Beratung der eilenden Hilfe bitten, gleichzeitig ersuchte er, um auch sein Entgegenkommen zu beweisen, die Stände um Vorschläge über die Herstellung von Frieden und Recht. Im Fürstenrat brach aber ein derartig heftiger Sessionsstreit zwischen den Protestanten und Katholiken aus, daß eine Beratung nicht zustande kam. Man kann den Frankfurter Gesandten die Erbitterung nachfühlen, mit der sie dem Rate dies unliebsame Ereignis mitteilten, das sie als eine Plage Gottes ansahen, da der Türke jetzt mit einem so gewaltigen Heere heranrücke. Resignierter faßten die Augsburger Gesandten den Streit auf; ihnen war es ein alter Mangel, der der deutschen Nation schon oft genug geschadet habe. Um so eifriger bemühte sich jetzt Ferdinand, der von nun an durchaus als das treibende Moment bei den folgenden Verhandlungen erscheint, die Reichshilfe zu erlangen. An demselben Tage hatte er noch eine mehrstündige Unterredung mit seinem Bruder, aber die Annahme der Augsburgischen Gesandten, daß die Beratungen den folgenden Tag wieder aufgenommen werden würden, bestätigte sich nicht. Zwei Tage stockten sie vielmehr vollkommen, währenddessen Karl und Ferdinand mit ihren Räten die Angelegenheit eifrig erörterten. Das Ergebnis ihrer Beratungen war, daß am 25. Juni Ferdinand einen Versuch machte, ob er persönlich mehr erreichen würde. In beweglichen Worten ließ er den Reichsständen durch seinen Vizekanzler Ginger die Not Ungarns schildern und an erster Stelle um die sofortige Bereitstellung wenigstens der eilenden Hilfe ersuchen, damit hierdurch die drohende Entsetzung Ofens noch verhindert werden könne, an zweiter ließ er um die beharrliche Hilfe ersuchen. Eine gemeinsame Beratung herbeizurufen, gelang ihm allerdings nicht, er setzte es aber trotz des Widerstandes der Katholiken durch, daß man der Erörterung der eilenden Hilfe, wenn auch nur unverbindlich, näher trat. Eile tat not, denn immer bedrohlicher lauteten die Nachrichten aus Ungarn, die Ferdinand unverzüglich den Ständen mitteilen ließ. Nach zweitägiger Beratung trafen, nachdem die beiderseitigen Versuche, eine gemeinsame Antwort herbeizuführen, gescheitert waren, die Antwort der Protestanten wie der katholischen Kurfürsten und Fürsten ein, denn die katholischen Städte hatten sich, da sie sich wieder zurückgesetzt fühlten, von ihnen getrennt und übergaben besonders dem Kaiser ihre Antwort. Die katholischen Fürsten erklärten unter der Voraussetzung, daß inzwischen im Reiche Friede und Recht erhalten und gehandhabt werde, ihre Bereitwilligkeit, dem König drei, im Notfall auch vier Monate einen halben Romzug, d. h. 10,000 Mann zu Fuß und 2000 Reiter für die eilende Hilfe zu bewilligen; auch die Beratung der beharrlichen Hilfe wiesen sie nicht zurück. Im Gegensatz hierzu war die protestantische Bewilligung der eilenden Hilfe in der Stärke eines halben Romzuges für vier Monate an die Erfüllung der alten Wünsche gebunden; für die Leistung weiterer Unterstützung hatte man sich die Forderung der Städte nach einer neuen gleichmäßigen Anlage, wie sie jetzt die katholischen Städte in ihrer besonderen Erwiderung an Ferdinand schon für die eilende Hilfe verlangten, ganz zu eigen gemacht, der beste Beweis, wie sehr man auf protestantischer Seite sich bemühte, eine

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Absplitterung der Städte, wie sie bei den Katholiken eingetreten war, zu vermeiden und als geschlossene einheitliche Masse ihre Forderungen zu vertreten.

Karl und Ferdinand konnten mit diesen Antworten ganz zufrieden sein, von allen Seiten war ihnen eine feste Zusage gemacht worden; es galt jetzt nur noch, die Protestanten zu gewinnen, was nicht so schwierig schien. Hoffte doch man schon auf protestantischer Seite, daß der Reichstag nicht lange dauern werde, ebenso tauchte auf beiden Seiten das Gerücht auf, daß Ferdinand in wenigen Tagen nach Erlangung der Hilfe abreisen werde. Wenn dies Gerücht auch sicher übertrieben war, als ganz unbegründet konnte es nicht erscheinen. War doch unter den Schmalkaldenern trotz des Naumburger Beschlusses und seiner Erneuerung in Regensburg, alle für einen Mann zu stehen und sich in dieser Angelegenheit nicht zu trennen, die Einigkeit nicht mehr so groß. Ganz abgesehen davon, daß man doch auch hier Ferdinands Notlage sich nicht verschließen konnte, vor allem unter den Häuptern des Bundes herrschte in dieser wichtigen Frage keine Einigkeit. Philipp von Hessen, den Karl ja hier durch eine meisterhafte Politik an sich zu fesseln gewußt hatte, war der Leistung der eilenden Hilfe nicht abgeneigt, und dementsprechend hatten seine Gesandten sie auch bei den Bundesmitgliedern, allerdings vergeblich, durchzusetzen versucht; ebenso war man auf Augsburgischer Seite gewillt, im Falle der äußersten Not dem Könige die geforderte Unterstützung bedingungslos zu gewähren. Im Gegensatz zu solchen Anschauungen war der Kurfürst von Sachsen entschlossen, grade die Not Ferdinands ordentlich auszunützen, um für die Protestanten möglichst günstige Bedingungen durchzusetzen; ebenso waren die Frankfurter Gesandten nicht geneigt, ohne die Gewährung der protestantischen Forderungen die Hilfe zu leisten; es wäre grade, so schreiben sie am 5. Juli, als ob man das Wasser aus den eignen Häusern zum Löschen an anderen Orten gebrauchen wollte, während man ein großes Feuer im eignen Hause zu befürchten habe. Für Karl kam es daher darauf an, diese zwiespältige Stimmung geschickt zu benutzen und zu versuchen, durch ein Entgegenkommen seinerseits auch die noch Widerspenstigen unter den Gegnern zu gewinnen. Zunächst allerdings, in seiner Antwort vom 30. Juni, der sich auch Ferdinand anschloß, bemühte er sich noch, die Schmalkaldener durch den Hinweis auf die dringende Not, die keine Verzögerung mehr dulde, zum Fallenlassen ihrer Bedingungen zu bewegen; mundgerechter suchte er ihnen dies Verlangen dadurch zu machen, daß er sie daran erinnerte, wie er ja den Reichstag auch wegen der Erledigung von Frieden und Recht ausgeschrieben habe und wie er deshalb sofort nach Erledigung der eilenden Hilfe diese Angelegenheit zur Beratung stellen wolle. Mit dieser Zusicherung erklärten sich die Katholiken einverstanden; nachdem sie ihre Geneigtheit zur Hilfeleistung ausgesprochen hatten, baten sie den Kaiser nur noch, vor Schluß des Reichstages diese beiden Punkte zu erledigen, und unterließen es nicht, noch besonders hervorzuheben, daß es gar nicht ihre Absicht gewesen sei, ihm ohne Friede und Recht die Hilfe zn versagen; durch die Aufstellung ihrer Forderung hätten sie ihn vielmehr nur an seine Zusage erinnern wollen. Dagegen beharrten die Protestanten der Hauptsache nach auf ihrer Forderung, indem sie sich auf ihre dahin lautenden Instruktionen beriefen; um aber auch ihrerseits etwas Entgegenkommen zu beweisen, machten die Gesandten, in der Hoffnung auf spätere Zustimmung ihrer Herren, den Vorschlag, der Kaiser solle bei den Katholiken einen friedlichen Anstand von 6—8 Jahren zu erhalten suchen, während dessen Dauer das Wormser Edikt nebst dem Augsburger Reichsabschied aufgehoben, die gegen sie anhängigen Kammergerichtsprozesse wie die bereits ausgesprochenen Achtserklärungen suspendiert und

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

das Gericht selbst reformiert werden solle. Innerhalb dieses Anstandes solle dann von der Religionsvergleichung, dem beständigen Frieden und der beharrlichen Hilfe gehandelt werden.

Wenn Karl auch keineswegs gewillt war, diesen Vorschlag anzunehmen, so durfte er doch auch keineswegs die Protestanten durch schroffe Zurückweisung ihrer Wünsche vor den Kopf stoßen, schon nicht um seines Bruders willen, der dringender denn je der Hilfe bedurfte; vor allem aber auch, weil sich im allgemeinen die gesamte Lage zu seinen Ungunsten verschlechert hatte. Die Gründe hierfür waren zweifacher Art. Einmal hatte der Streit zwischen den katholischen Fürsten und Städten an Schärfe zugenommen. Die letzteren, empört über die abermalige Zurücksetzung, hatten sich öffentlich über die Fürsten beschwert und energisch Berücksichtigung ihrer Wünsche bei den Beratungen verlangt. Welche Erbitterung bereits auf beiden Seiten herrschte, zeigte deutlich die Äußerung der Frankfurter Gesandten, daß die Fürsten trotz der drohenden Türkengefahr ihren Stolz nicht lassen, sondern gern aus den freien Reichsstädten Sklaven und Eigenleute machen wollten. Für den Kaiser hatte dieser Streit insofern seine bedenklichen Seiten, als, von der zu befürchtenden Verlängerung der Verhandlungen noch ganz abgesehen, die katholischen Städte in dieser ganzen Angelegenheit stets den Rat der protestantischen Städte eingeholt hatten, wie sie sich auch deren Forderungen nach Friede und Recht angeschlossen hatten. Jedenfalls schien die Gefahr nicht von der Hand zu weisen zu sein, daß die katholischen Städte infolge der rücksichtslosen Behandlung durch die Fürsten immer mehr und mehr in das protestantische Lager getrieben und hierdurch die katholische Partei eine nicht unerhebliche Schwächung erfahren würde. Um für Karl die Schwierigkeiten der Lage noch weiter zu erhöhen, hatten sich die Gegensätze unter den katholischon Fürsten selbst wie in ihrem Verhältnis zu den Protestanten, soweit wenigstens die Wortführer der katholischen Partei in Betracht kamen, ganz bedeutend verschärft.

Die Veranlassung hierzu gab die religiöse Frage; diese war jetzt wieder mehr in den Vordergrund getreten, da die Antwort, die von beiden Parteien dem Kaiser auf das Regensburger Buch gegeben werden sollten, zur Entscheidung stand, ganz im Gegensatz zu Ferdinands Wunsch, der hierdurch nicht mit Unrecht eine Verzögerung der Erledigung der für ihn so dringenden Unterstützung befürchtete; seine Bitte, zunächst die eilende Hilfe zu erledigen, war jedoch von den Kurfürsten und Fürsten abgelehnt und schon vorher beschlossen worden, beide Angelegenheiten nebeneinander zu beraten. Am 30. Juni begannen auf katholischer Seite im Kurfürsten- wie Fürstenkolleg die Beratungen über die Beantwortung Karls. Während man im ersteren an diesem Tage über die einleitenden Vorverhandlungen nicht hinauskam, entbrannte im letzteren bereits ein heftiger Streit. Es waren die bairischen Herzöge, die hier am 30. Juni eine wesentlich von Weißenfelder und Leonhard Eck verfaßte Schrift verlesen ließen, die in der schärfsten Weise sich gegen das Regensburger Buch wandte, dessen Artikel teils irrig und verwerflich, teils sogar ketzerisch seien; ebenso verlangte sie das starre Festhalten am Augsburger Reichsabschied von 1530, den durchzuführen der Kaiser mit Ernst ermahnt werden sollte. Herzog Wilhelm unterließ es nicht, selbst für ihre Annahme einzutreten; persönlich ermahnte er vor allem die geistlichen Fürsten zur Standhaftigkeit und versprach, selbst „Haut und Haar" daran zu setzen. Trotzdem war der Erfolg nicht der gewünschte. Zwar traten Herzog Heinrich von Braunschweig, der Bischof von Salzburg und der Abt von Weingarten ebenfalls persönlich für die Annahme der Schrift ein, aber nicht einmal alle Geistlichen schlossen sich ihrer Meinung an. Die Bischöfe von Konstanz, Augsburg und Münster und der Abt von Kempten

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

wiesen zusammen mit dem Pfalzgrafen Ottheinrich und den jülichschen Gesandten darauf hin, daß ihre Annahme nur zur Vermehrung der Uneinigkeit unter den Ständen beitragen würde. Unter diesen Umständen kam es an diesem Tage zu keiner Einigung im Fürstenrat, ohne Beschluß schied man von einander. Herzog Wilhelm ließ sich aber durch diesen Mißerfolg von einem zweiten Versuch nicht abschrecken. Am 1. Juli erschien er mit einem neuen Schriftstück im Fürstenrat, das zwar kürzer, dafür aber noch schärfer und erbitterter war. Ganz offen wurde hier nicht nur das Regensburger Buch verworfen, dessen Hauptzweck es nur sei, den Kaiser vom Augsburger Abschied abzuwenden, es wurde überhaupt alle Schuld an der Zerrissenheit und Unsicherheit in Deutschland den Protestanten aufgebürdet, die zwar immer nach Friede und Recht schrien, beides jedoch selbst nicht hielten und beachteten. Auch diesmal trat Herzog Wilhelm in einer heftigen Rede, die sich hauptsächlich wieder an die Geistlichen wandte, da ihr Besitz ja am meisten bedroht sei, für ihre Bewilligung ein; noch schärfer äußerte sich Herzog Heinrich von Braunschweig, der die Katholiken offen der Feigheit und Furcht vor den Protestanten beschuldigte, und diesmal erreichte der Baier, was er gewollt hatte. Zwar ließen es die Gegner, namentlich Ottheinrich und der Konstanzer Bischof, an heftigen Erwiderungen nicht fehlen, aber sie wurden überstimmt, und die Schrift auf die Anregung des Bischofs von Salzburg noch am selben Tage den Kurfürsten übermittelt. Auch hier war ein Zwist über das Regensburger Buch ausgebrochen; hauptsächlich gingen die Ansichten darüber auseinander, ob die Entscheidung in der religiösen Frage einem allgemeinen Konzil, wie es vor allem Mainz in dem von ihm verlesenen Entwurf wünschte, oder einem Nationalkonzil vorbehalten sein sollte. Gelang es schließlich auch hier der Opposition, unter der Führung von Mainz und Trier, Karls Vorlage zu Fall zu bringen, so bedeutete das doch noch keineswegs ein Eingehen auf die bairischen Wünsche. Vielmehr war man entschlossen, diese Schrift mit ihrer verhetzenden Form durchaus abzulehnen. Schon zu Anfang der Verhandlungen zeigte sich dies bei einer rein formellen Frage. Gern hätte Herzog Wilhelm wie bei der ersten Schrift, so auch bei dieser es vermieden gesehen, daß sie abgeschrieben und so allgemein bekannt würde. Jedoch schon hierbei stieß er auf Widerstand bei den Kurfürsten. Vergebens erbot sich sein Gesandter, sie im Kurfürstenrat mehrmals verlesen zu lassen, die Kurfürsten bestanden darauf und setzten es auch durch, daß die Schrift abgeschrieben wurde; bei diesen Verhandlungen hielt der Cölner auch noch ganz offen mit seiner Verwunderung über die Neuerung nicht zurück, daß ein Fürst oder Stand solch eine Schrift habe verfassen und im Namen der Fürsten habe übergeben lassen. Die folgenden Tage gingen die Verhandlungen zwischen den Kurfürsten und Fürsten noch hin und her. Die Kurfürsten lehnten die bairische Schrift durchaus ab und beharrten auf ihrem Beschluß, daß ihre Schrift zugleich im Namen der Fürsten dem Kaiser übergeben werde. Schließlich gaben die Fürsten nach; sie erklärten, sich nicht von den Kurfürsten trennen zu wollen, und baten nur noch in zwei Punkten um eine nähere Erklärung. Am 5. Juli wurde daher Karl nicht die bairische Schrift übermittelt, sondern es wurde ihm wesentlich im Sinne des Kurfürstenkollegs die Antwort erteilt. Hatte hiermit auch die gemäßigtere Partei einen Sieg über die extreme davon getragen, so genügte doch auch deren Bescheid, um Karl klar zu zeigen, daß es mit seinem Toleranzprojekt jetzt endgültig vorbei sei, ein Grund mehr für ihn, sein Hauptaugenmerk jetzt wieder der Türkenfrage und der damit zusammenhängenden Zufriedenstellung der Protestanten zuzuwenden.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Aus den bisherigen Verhandlungen hatte sich für ihn das eine klar ergeben, daß bei einer direkten Unterhandlung zwischen ihm und seinen Gegnern die Angelegenheit nicht von der Stelle kam; nicht minder klar ergab sich aber infolge des Mißlingens der religiösen Einigung für ihn die bittre Notwendigkeit, in dem jetzigen Zeitpunkte, wo die drohende Türkengefahr die schnelle Erledigung der Hilfe erheischte, wo die katholischen Städte sich möglicherweise den Protestanten anschlossen, wo endlich die Erbitterung unter den gesamten Ständen infolge der letzten religiösen Verhandlungen auf das höchste gestiegen war, seinerseits alles zu tun, um wenigstens einen Erfolg auf diesem Reichstage zu erzielen. So entschloß er sich, den Protestanten einen Schritt entgegenzukommen und sich bei der weiteren Unterhandlung der Vermittlung des Kurfürsten von Brandenburg, den er in derselben Rolle eben erst in der religiösen Frage gebraucht hatte, zu bedienen. Noch an demselben 5. Juli, an dem er die ablehnende Antwort der Katholiken über das Regensburger Buch erhielt, erschien in seinem Auftrage der Kurfürst bei dem Markgrafen Georg von Brandenburg und teilte diesem im Beisein anderer Protestanten einen neuen Vorschlag Karls mit. Da die Zeit zu kurz sei, um hier die protestantischen Forderungen endgültig erledigen zu können, so erklärte er sich bereit, gegen Leistung der eilenden Hilfe in 6 Monaten für Erledigung ihrer Wünsche Sorgen tragen zu wollen; inzwischen solle der bisherige Anstand verlängert werden, und alle Achtserklärungen und Prozesse des Kammergerichts suspendiert sein. Es war also eine Vertagung der Wünsche der Protestanten, aber auch diese konnten sich jetzt der Einsicht nicht länger verschließen, daß die Türkennot eine vorläufige Zurückstellung ihrer Sonderwünsche dringend fordere. Klar kam diese für Karl günstige Stimmung schon in der Beratung der Protestanten vom 6. Juli zum Ausdruck, wo bereits die Mehrheit zur Erfüllung von Karls Vorschlag bereit war, und obwohl man schließlich infolge des Widerspruches einiger Stände, unter denen sich auch die Frankfurter Gesandten befanden, Hessens Antrag, schon jetzt die eilende Hilfe zu bewilligen, vorläufig noch ablehnte, so zeigte doch deutlich ihr weiterer Beschluß, wie sehr sich die Lage zu Gunsten Karls geändert hatte; man einigte sich dahin, von Karl nähere Auskunft zu erbitten, wie der Friede beschaffen sein und auf welche Weise er für seine Innehaltung sorgen wolle. Als Karl aber am 8. Juli durch den Brandenburger seine Bitte erneuern ließ, kam es am folgenden Tage zu einem Majoritätsbeschluß der Protestanten, dem Kaiser die eilende Hilfe zu bewilligen, und wenn auch die Protestanten in ihrer Antwort an den Kurfürsten vom gleichen Tage betonten, daß sie eine endgültige Entscheidung ohne Zustimmung ihrer Herren nicht zu geben vermöchten, wenn sie ebenso von dem Kaiser eine feste Zusage verlangten, daß der Friede auch wirklich gehalten und das Kammergericht auch wirklich mit seinen Prozessen gegen sie stille stehen werde, so erklärten sie doch wieder selbst, daß dies „Hintersichbringen“ die weiteren Verhandlungen nicht aufhalten solle; sie seien vielmehr bereit, mit den andern Ständen über die eilende Hilfe in nähere Beratungen zu treten. Für die Schmalkaldner bedeutete diese Antwort ein Zurückweichen von ihren früheren Forderungen und für den Kaiser dementsprechend einen Erfolg; war es ihm doch gelungen, seine Gegner aus ihrer ablehnenden Haltung herauszubringen und sie zur positiven Mitarbeit zu bewegen. Fragen wir noch, was die Protestanten zu dieser Nachgibigkeit veranlaßt hat, so war es, wie schon erwähnt, in erster Linie die Notlage des Reiches, der gegenüber auch sie sich nicht versagen zu dürfen glaubten; wußte man doch bereits in Regensburg, daß der Türke, der am 20. Juni von Konstantinopel mit einem großen Heere aufgebrochen war, im Anmarsch auf Ofen und hierdurch zu befürchten sei, daß Ferdinand die Belagerung aufheben müsse. Dazu

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

kamen die verhältnismäßig geringe Hilfe, die Karl verlangte, und die Furcht vor Karls Ungnade, um sie zum Aufgeben ihres ursprünglichen Standpunktes zu veranlassen.

Infolge dieser günstigen Veränderung der Lage war es für Karl auch nicht mehr so schlimm, wenn die katholischen Fürsten den Städten gegenüber trotz einigen Entgegenkommens an ihrem Standpunkt festhielten und somit dieser mißliche Streit weiterging. Viel wichtiger war für ihn jetzt die Frage der Regelung von Friede und Recht. Nachdem er schon am 22. Juni die Stände um diesbezügliche Vorschläge ersucht hatte, wiederholte er am 7. Juli in seiner Antwort an die Katholiken diese Bitte, die auch Zustimmung fand, wie denn die Kurfürsten schon vorher dieser Frage näher getreten waren. Am 8. Juli begannen bereits im Kurfürstenkolleg die Beratungen über diesen Gegenstand. Zunächst schien man hier wesentlich einer Meinung zu sein; man glaubte, daß durch den Landfrieden und das Kammergericht genügend für Friede und Recht gesorgt sei; zur Abstellung etwaiger Mängel war man aber geneigt. Als man aber am folgenden Tage das Ergebnis der bisherigen Beratungen verlas, entstand ein Zwist. Pfalz und Brandenburg verlangten Änderungen und Milderungen des Konzeptes, da es in einigen Punkten gar nicht der gestrigen Beratung entspreche; vor allem forderte Brandenburg, daß der Augsburger Abschied von 1530 nicht erwähnt werde. Mainz und Trier lehnten dies zunächst ab, bis es Kölns vermittelnder Stellung gelang, durch vorläufige Verschiebung der Angelegenheit den Streit beizulegen. Die weiteren Beratungen der Kurfürsten bewiesen aber, daß die Gegensätze doch schärfer waren, als es sich zuerst angelassen hatte. Vor allem drehte sich der Zwist um die Frage, ob der Augsburger Abschied in irgend einer Form erwähnt werden sollte. Köln schlug sich jetzt auf die Seite von Pfalz und Brandenburg, die die Erwähnung dieses Abschieds in jeder Gestalt ablehnten, und Mainz erklärte bereits jetzt, daß es mit Trier gegebenenfalls besonders antworten müßte. Hiermit schien die Spaltung im Kurfürstenkolleg bereits jetzt unvermeidlich zu sein und kaum darauf zu rechnen, daß die katholischen Stände ihrerseits mit brauchbaren Vorschlägen für Friede und Recht hervortreten würden.

Daher ließ Karl selbst an demselben Tage, dem 12. Juli, an dem er auch von den Protestanten eine doch schließlich ablehnende Antwort über das Regensburger Buch erhalten hatte, den Ständen nicht nur einen Vorschlag über Frieden und Recht, sondern überhaupt für den Reichsabschied machen, denn seine Absicht war jetzt, nachdem das Religionswerk gescheitert und kostbare Zeit verloren war, wenigstens den Reichstag mit einem einigermaßen annehmbaren Abschiede möglichst schnell, jedenfalls noch im Juli, zu beenden. Nicht nur sein eignes Interesse erforderte dies, wenn er noch in diesem Jahre den Zug nach Algier unternehmen wollte, ebensosehr lag ein schneller Schluß des Reichstages in Ferdinands Interesse, der schon ganz resigniert zu Contarini äußerte, daß ihm infolge der mangelnden Unterstützung nichts anderes übrig bleiben werde, als sich nach Preisgabe Ofens nach Österreich zurückzuziehen und sich dort nach Kräften zu verteidigen. Allerdings mußte es bei der jetzigen Verbitterung unter den Ständen fast als ein Werk der Unmöglichkeit erscheinen, einen allen genehmen Abschied zu stande zu bringen. An gutem Willen und Eifer ließ Karl es auch diesmal nicht fehlen, und wir können ihm nur zustimmen, wenn er in diesen Tagen an seine Schwester schreibt, daß er sein möglichstes getan habe, um unter den Ständen eine Einigung herbeizuführen. Freilich rechnete er selbst bereits noch mit längeren Verhandlungen, da er seine Abreise erst auf den 26. Juli festsetzte. Die Hauptsache war für ihn jetzt, von den Ständen die endgültige Bewilligung

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

der Türkenhilfe zu erhalten. Damit war aber, wie es die vorigen Verhandlungen gezeigt hatten, die Herstellung von Friede und Recht im Reiche aufs engste verknüpft. Daher bewegte sich sein Vorschlag für den Reichsabschied vor allem auch in dieser Richtung. Neben der Annahme der verglichenen Religionsartikel bis zu dem Konzil oder dem Reichstage, auf dem die endgültige Religionsvergleichung vorgenommen werden sollte, forderte er die definitive Annahme der eilenden Hilfe. Dafür sollte der Nürnberger Friede nebst dem Augsburger Abschied in Kraft bleiben und das Kammergericht mit Unterstützung der Stände weiter unterhalten werden; einer Visitation war er nicht abgeneigt, falls die Stände es für gut ansähen. Unmöglich konnten die Protestanten diese Vorschläge annehmen; von ihrer abweichenden Ansicht in der religiösen Frage ganz abgesehen, verlangten sie vor allem Aufhebung oder Suspension des Wormser und Augsburger Abschiedes und Neubesetzung des Kammergerichtes, dessen frühere Prozesse und Achtserklärungen aufgehoben werden sollten. Als Entgelt dafür erboten sie sich, ebenso wie die Katholiken die eilende Hilfe zu leisten, ja sie erklärten sogar ihre Bereitwilligkeit zur Beratung über die beharrliche Hilfe, falls Karl ihnen Friede und Recht in ihrem Sinne zusichere.

War auch ohne weiteres anzunehmen, daß Karl nicht alle ihre Wünsche erfüllen würde, so waren doch die größten Schwierigkeiten nicht von ihm zu erwarten, da es sein Interesse erforderte, sich mit den Gegnern schließlich trotz alles Widerstandes über eine gemeinsame Verständigungsbasis zu einigen. Die Hauptfrage war jetzt, ob es dem Kaiser gelingen würde, die Katholiken zu den gewünschten Änderungen zu bewegen. Auf den ersten Augenblick konnte dies nicht schwer erscheinen, da jetzt eine Spaltung nicht nur unter den Kurfürsten, sondern auch unter den Fürsten eingetreten war. Allerdings handelte es sich bei diesem Streit nicht mehr wie früher um den Augsburger Abschied. Brandenburg, Pfalz und Köln hatten schließlich in diesem Punkte nachgegeben und forderten ebenfalls dessen Aufrechterhaltung, ebenso wie sie das Kammergericht zwar visitieren und reformieren, aber nicht im protestantischen Sinne neu besetzen wollten; vielmehr war jetzt über den Kernpunkt der religiösen Verhandlungen, die Annahme oder Ablehnung der verglichenen Artikel, Uneinigkeit ausgebrochen. Die Mehrheit der Kurfürsten und ein Teil der Fürsten verlangte dem Wunsche des Kaisers entsprechend ihre Annahme, während Mainz, Trier und die übrigen Fürsten sie ablehnten; dementsprechend erhielt Karl am 14. Juli die verschiedenen Antworten. Von seinem Entschluß hing daher alles ab.

Für ihn war die Lage sehr mißlich. Wie seine Entscheidung auch fallen mochte, jedenfalls bedeutete sie für ihn immer einen Aufschub, und Eile war jetzt, wo die Nachrichten aus Ungarn immer trostloser lauteten, mehr als je nötig. Trotzdem blieb ihm kaum eine Wahl übrig; wenn er nicht die meisten katholischen Fürsten und mit ihnen die Kurie, die Ferdinand eben wieder erst in seiner Not um Hilfe hatte anflehen lassen, vollkommen zurückstoßen und auf französische Seite treiben wollte, so mußte er sich ihnen anschließen. Das bedeutete natürlich für ihn neue Schwierigkeiten, die zunächst selbst für die gewandte kaiserliche Politik fast unüberwindbar erscheinen mußten. Verworrener denn je erschien die ganze Lage. Fest stand bei dem Kaiser nur das eine, seine Abreise am 26. Juli, selbst wenn auch, wie er sich erregt zu Morone äußerte, der Abschied bis dahin nicht zustande gekommen sei. Selbst die Rücksicht auf Ferdinands verzweifelte Lage vermochte ihn in seinem Entschluß nicht wankend zu machen. Auf protestantischer wie katholischer Seite rechnete man auch mit der bevorstehenden Abreise Karls als etwas ganz Sicherem; viel versprach man sich nirgends mehr, und auf protestantischer Seite erwog man sogar schon,

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

ob es nicht vorteilhaft sei, einen Gesandten Karls Hof nachziehen zu lassen, der das, was hier nicht mehr erledigt werden konnte, dort zum Abschluß bringen sollte.

Zunächst allerdings machte Karl noch einen Versuch, die Reichstagsverhandlungen zum Abschluß zu bringen. Deutlich konnten die Protestanten jetzt die zu ihren Ungunsten veränderte Situation merken; es hatte ihnen nichts genutzt, daß sie Karl die eilende Hilfe am 16. Juli endgültig bewilligt hatten. Hatten früher die Katholiken sich nicht genug über Karls Entgegenkommen auf protestantische Wünsche beklagen können, so war jetzt dazu kein Grund mehr vorhanden; er ließ es jetzt sogar an Drohungen den Protestanten gegenüber nicht fehlen, überhaupt nicht mehr mit ihnen unterhandeln zu wollen. Noch schärfer aber spiegelte sein neuer Vorschlag seine jetzige Stellung den Protestanten gegenüber wieder. War er vorher ihnen wenigstens doch in einigen Punkten noch entgegengekommen, so bedeutete dieses Schriftstück ein entschiedenes Eingehen auf die katholischen Wünsche und eine scharfe Zurückweisung der protestantischen Forderungen. Schroffer denn je betonte er die Aufrechterhaltung des Augsburgischen Abschiedes, ebensowenig ging er auf ihre Wünsche bezüglich der Reformation des Kammergerichtes ein. Trotzdem unterließ er es nicht, auch jetzt noch die Beratung der beharrlichen Hilfe zu verlangen, ein Gesuch, das die österreich-ungarische Gesandtschaft lebhaft unterstützte. Wie nicht anders zu erwarten war, fiel im Gegensatz zu der Antwort der Katholiken, die wesentlich zustimmend lautete, die protestantische durchaus ablehnend aus. Es blieb ihm daher, wollte er nicht alles aufs Spiel setzen, nichts anderes übrig, als zunächst seine Abreise für kurze Zeit noch zu verschieben und in der Zwischenzeit noch mit allen Mitteln zu versuchen, irgend eine Einigung herbeizuführen. Daß natürlich ein derartiger Abschied niemanden wirklich zufrieden stellen würde, ergab sich von selbst, aber die Verhältnisse zwangen Karl, sich dieser undankbaren Aufgabe zu unterziehen. Eines war jetzt ganz klar, ohne Zugeständnisse an die Protestanten ging es nicht ab. Daher waren die Vorschläge, die in Karls Namen der alte Vermittler, der Kurfürst von Brandenburg, den Protestanten am 26. Juli übermittelte, durchaus entgegenkommend gehalten, so daß diese damit einverstanden waren. Aber der Kaiser hatte den Widerstand der Katholiken zu gering eingeschätzt, wieder waren es vor allem die Fürsten, an deren Einspruch diese ganzen Verhandlungen scheiterten.

Unter diesen Umständen blieb Karl nichts anderes übrig, als das alte Spiel von neuem zu beginnen, und zwar diesmal wieder mit Vorschlägen, die den katholischen Wünschen sich näherten, ein an und für sich für ihn gewiß unerquickliches Spiel, aber schließlich doch die einzige Möglichkeit, durch immer neue Verhandlungen endlich eine gemeinsame Grundlage herauszufinden, auf der sich ein erträglicher Abschied aufbauen ließ. Dementsprechend bedeutete der neue Vorschlag Karls am 27. Juli für die Protestanten trotz einigen Entgegenkommens nichts anderes als eine Auffrischung des von ihnen bereits am 23. abgelehnten. Ihre Antwort fiel daher ebenso wie die vorige aus; fast alle Forderungen lehnten sie ab. Für den Kaiser waren damit wieder zwei kostbare Tage ohne Erfolg verflossen, die beiden Parteien standen sich genau so ablehnend wie vorher gegenüber; eine Einigung herbeizuführen, schien kaum noch möglich.

Gar mancher hätte hier verzweifelt und den Dingen ihren Lauf gelassen, aber grade jetzt zeigte sich Karls bewundernswerte Zähigkeit, die in dem, was sie einmal als nötig erkannt hatte, nicht nachließ. Und für ihn forderten die Verhältnisse dringender denn je einen sofortigen und einigermaßen leidlichen Schluß des Reichtages, und zwar zunächst um Ferdinands willen. Wenn Karl auch jetzt noch nicht wußte, daß es dem türkischen

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Heere gelungen war, Ofen zu verproviantieren, so war er sich doch über die bevorstehende Gefahr vollkommen klar. Und in dieser Not sollte er seinem Bruder die so nötige Unterstützung der Protestanten entziehen? Das hieß nicht nur Ungarn den Türken preisgeben, sondern auch Österreich gefährden. Nicht minder war es für ihn selbst förmlich ein Gebot der Selbsterhaltung, diese Verhandlungen, die sich beinahe schon vier Monate hinzogen, nicht ohne ein Ergebnis zu beenden. Das erforderte nicht nur das kaiserliche Ansehen, vor allem, wie konnte er es wagen, Deutschland für längere Zeit zu einem Zeitpunkte zu verlassen, wo infolge der langwierigen ergebnislosen Verhandlungen die Stimmung auf beiden Seiten bereits kriegerisch erregt war? Die Verhältnisse mußten irgendwie geregelt werden, und zwar so schnell wie möglich, auch noch mit Rücksicht auf seine geplante Algierische Expedition, deren längeren Aufschub die vorgeschrittene Jahreszeit nicht mehr gestattete. Deshalb kam es am Vormittag des 28. Juli zu neuen Verhandlungen in Karls Herberge unter seiner und Ferdinands Anwesenheit. Zunächst begannen die Unterhandlungen mit den Katholiken, die bald zur endgültigen Festsetzung des Wortlautes des Abschiedes führten. Darauf begab sich der Kaiser mit Ferdinand, dem Pfalzgrafen Friedrich und Naves in die Unterstube zu den Protestanten, denen er durch den Pfalzgrafen das Konzept des Abschiedes, auf das er sich mit den Katholiken geeinigt hatte, verlesen ließ; vor allem bestanden diese auf ihrer alten Forderung, die die weitere Ausbreitung des neuen Glaubens möglichst verhindern sollte, daß nämlich die Protestanten katholische Untertanen weder in ihren Schutz nehmen noch sie gegen ihre Herren verteidigen sollten. Karls Bitte aber um sofortige Annahme ohne jede Änderung, da er noch am Nachmittag aufbrechen wolle, entsprachen die Protestanten keineswegs; sie baten vielmehr, da ihnen dieser Abschied unannehmbar erschien, um neue Unterhandlungen durch den Pfalzgrafen Friedrich und Naves. Als diese dann Karl die protestantischen Wünsche übermittelt hatten, erschienen sie wieder mit Granvella bei ihnen, der alle Künste seiner Beredsamkeit spielen ließ, um sie zur sofortigen unveränderten Annahme des kaiserlichen Vorschlages zu bewegen, um so mehr, als er merkte, daß bereits einige unter den Protestanten sich nicht ganz ablehnend verhielten. Trotzdem gelang es ihm nicht, seine Bitte durchzusetzen; die Protestanten setzten es vielmehr durch, daß ihnen Bedenkzeit bis nach dem Essen — denn es war inzwischen 2 Uhr geworden — zugestanden wurde. Nicht so ruhig und einmütig, wie man hätte erwarten sollen, verliefen die protestantischen Beratungen. Ein Teil von ihnen, nach Feiges Ansicht sogar die Mehrheit, wollte Karls Wunsch entsprechend den Abschied annehmen; schließlich einigte man sich auf Feiges Vorschlag über eine Antwort, die entsprechend der vom vorigen Tage bestimmte Abänderungen verlangte; ohne deren Annahme könnten sie selbst eine Entscheidung hier nicht treffen, sondern müßten diese ihren Herren überlassen. Das hieß also, da Karl auf ihre Wünsche jetzt ebensowenig wie am gestrigen Tage eingehen konnte noch wollte, ein weiteres Hinausschieben der Entscheidung, und grade diese wollte und mußte Karl doch so schnell wie möglich haben, wenn er freilich auch eingesehen hatte, daß seine Absicht, noch heute den Abschied zu geben, unausführbar war und er sich hatte entschließen müssen, diesen Tag noch zu bleiben. Daher drängte er um nochmalige schriftliche Aufzeichnung der den Protestanten anstößigen Artikel und Angabe ihrer Änderung. Sofort nahmen Feige und Sturm diese Arbeit in Angriff. Während sie damit noch beschäftigt waren, schickte der Kaiser zu den Protestanten und bat, die Abgeordneten, die ihm eben die protestantische Antwort übermittelt hatten, möchten zu neuen Verhandlungen wieder bei ihm erscheinen. Als sie dort ankamen, trafen sie bei dem Kaiser den

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Kurfürsten von Brandenburg, der sich auf Karls Wunsch wieder in den Handel geschlagen hatte. Dessen Rat, Eustachius von Schlieben, las ihnen die Form einer Deklaration vor, die in Karls Rat im Beisein Ferdinands aufgesetzt worden war und die der Kaiser besonders und im geheimen den protestantischen Ständen geben wollte; die genaue Fassung versprach er den Schmalkaldnern noch in der Nacht zuzustellen. Damit griff Karl auf den Weg der Verständigung zurück, den er sich schon in seinen Vorschlägen vom 12. Juli offen gehalten hatte. Während sich dort der Kaiser aber nur eine öffentliche Deklaration einzelner Punkte vorbehielt, sollte sie diesmal die Hauptpunkte des Abschiedes betreffen und vor allem ganz geheim nur einer Partei gegeben werden. Bereitwillig gingen die protestantischen Unterhändler darauf ein und übermittelten diesen Vorschlag ihren Glaubensgenossen. Wenn Sturm und Feige zuerst auch nicht damit einverstanden waren, da sie lieber die Veränderungen statt in einer besonderen geheimen Deklaration im Abschied selbst gesehen hätten, so konnten sie sich der Ansicht doch auch nicht verschließen, daß dieser Weg, so viele Bedenken er auch habe, doch immer einen Fortschritt für sie bedeute, zumal da Karl auch hierdurch ihren guten Wille sähe. Bis spät in die Nacht zogen sich die Verhandlungen der Schmalkaldner hinein, dann beschloß man, früh morgens um 4 Uhr wieder zusammenzukommen und die Form der Deklaration im einzelnen gemeinsam zu beraten, da der Kaiser bereits für 6 Uhr die gemeinsame Versammlung zur Verlesung des Abschieds angesetzt hatte.

Am folgenden Morgen früh um 5 Uhr brachte der sächische Kanzler in den protestantischen Rat die Deklaration, die ihm um Mitternacht von dem brandenburgischen Rate zugestellt worden war. Als man sie aber öffentlich verlas, zeigte es sich, daß sie zwar in einigen Punkten ihren Ansprüchen genügte, aber doch im ganzen im Gegensatz zu der gestrigen mündlichen Erklärung soviele Mängel und Lücken aufwies, daß die Protestanten trotz des Widerspruches vieler Stände sie schließlich für unannehmbar erklärten und durch Sturm und Feige eine andere Fassung aufstellen ließen. Unterdessen erschien Schlieben und drängte in Karls Namen um Antwort. Auch jetzt kam es wieder unter den Protestanten zu Meinungverschiedenheiten. Ein Teil von ihnen war immer noch geneigt, dem Kaiser entgegenzukommen und die von ihm vorgeschlagene Deklaration anzunehmen; man verlange von Karl, so äußerten sie, zuviel und melke Blut heraus. Den entgegengesetzten Standpunkt nahmen die Frankfurter Gesandten ein. Sie waren überhaupt gegen jede besondere Deklaration und hielten diesen ganzen Weg nur für eine Falle, durch die man sie zur Annahme des Abschieds verleiten wolle; sie behaupteten — und die Zukunft gab ihnen darin vollkommen recht — daß die katholischen Stände diese Deklaration niemals anerkennen und daß daher hierdurch ihren Beschwerden nicht geholfen sein würde. Nur mit Mühe gelang es schließlich, die Einigung in dem von Feige und Sturm gewünschten Sinne herbeizuführen. Umso nötiger war diese, als Karl inzwischen immer von neuem geschickt hatte und schließlich sogar der Kurfürst von Brandenburg persönlich erschienen war, um die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen. Diesem selbst übergab man die neue fertiggestellte Deklaration, der sie seinerseits durch Schlieben Karl zuschicken ließ; mit gewandten Worten stellte der brandenburgische Rat die Schrift dem Kaiser zu, der sie schon sehnsüchtig erwartet hatte. Und da geschah das Unerwartete. Der sonst so vorsichtige und mißtrauische Kaiser unterzeichnete diese protestantische Fassung der Deklaration, da er annahm, es sei dieselbe, die am Abend vorher der Brandenburger in seinem Namen vorgeschlagen hatte. Begreiflich wird uns dieser übereilte Schritt Karls, wenn wir einmal

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

die Aufregungen in Betracht ziehen, die ihm die letzten Tage mit ihren langwierigen und ermüdenden Verhandlungen gebracht hatten, und wenn wir auch Granvella nicht aufs Wort zu glauben brauchen, daß der Kaiser am 28. Juli bis zum Mittag nichts gegessen habe, so genügte die lange Dauer der Beratungen dieses Tages schon allein, um auch eine kräftigere Konstitution, als sie Karl besaß, einmal zum Versagen zu bringen, zumal da noch nicht zu lange ein schwerer Gichtanfall hinter ihm lag. Dazu kam die Eile, mit der er am 29. Juli die ganzen Verhandlungen führen mußte, da er noch am selben Tag Regensburg verlassen wollte. Schließlich mußte er zu seinem Unglück diese folgenschwere Entscheidung noch ohne seinen Hauptratgeber, Granvella, treffen; ebenso fehlte sein Bruder Ferdinand, der sich um 8 Uhr in die Versammlung der Reichsstände begeben hatte, um ihnen die neusten Kundschaften über die drohende Türkengefahr zu berichten; umso nötiger wäre deren Anwesenheit gewesen, als es dem Kaiser, selbst wenn er auch die Deklaration genauer durchgesehen hätte, bei seiner mangelnden Kenntnis der deutschen Sprache unmöglich gewesen wäre, sich allein in diesen gewundenen und absichtlich geschraubten Erklärungen zurechtzufinden; erklärte doch selbst Granvella später, als man ihn auf katholischer Seite fälschlich der Urheberschaft der Deklaration beschuldigte, daß er niemals etwas derartiges verfaßt oder unterschrieben habe, in dem sich zurechtzufinden sogar Leonhard Eck seine Mühe gehabt hätte.

Nachdem diese Hauptschwierigkeit auf so unerwartet schnelle und für die Protestanten günstige Weise erledigt worden war, konnte Karl endlich zum feierlichen Schluß des Reichstages schreiten. Persönlich erschien er um 10 Uhr mit seinem Bruder, der inzwischen wieder zu Karl zurückgekehrt war, in der Versammlung aller Stände, wo nach einer kurzen einleitenden Rede des Pfalzgrafen Friedrich, in der er im Namen des Kaisers die Stände zum Frieden und Einigkeit ermahnte, der Abschied verlesen wurde. Auch jetzt kam es noch einmal zu einem letzten Aufwallen der Gemüter. Es handelte sich um die Frage der geistlichen Jurisdiktion; so heftig entbrannte der Streit, daß ein königlicher Rat und Bürgermeister Rehlinger von Augsburg es vorzogen, sich „nicht finden zu lassen". Trotz aller Bemühungen gelang es aber nicht, eine Einigung herbeizuführen; Karl blieb nichts anderes übrig, als, wie vorher den Protestanten, so jetzt den Katholiken im geheimen eine besondere Deklaration zu geben, in der er ihre Wünsche erfüllte. Zum Schluß brachten die Protestanten noch einige Beschwerden vor, die aber im Vergleich zu den früheren Schwierigkeiten nicht mehr viel besagen wollten. Es war 2 Uhr geworden, als Karl und Ferdinand die Versammlung verlassen konnten. Zwei Stunden später brach Karl bereits von Regensburg auf, prunklos und in derselben einfachen schwarzen Kleidung, in der er vor bald einem halben Jahre seinen Einzug gehalten hatte. Ferdinand blieb noch einen Tag länger, da die Reichsstädte, die schon vorher insgesamt sich bei dem Kaiser über die katholischen Fürsten wegen der Sessionsfrage beschwert hatten, aus demselben Grunde wegen der Besiegelung des Abschiedes Schwierigkeiten machten; erst seine Zusage, er wolle auf dem nächsten Reichstage sich um Abstellung ihrer Beschwerden bemühen, und gleichzeitig die Erlaubnis, die Siegelung nur unter gleichzeitiger Protetation zu vollziehen, machte die meisten willfährig, nur Metz, Cöln, Worms und Speier, also die Führer der katholischen Reichsstädte, blieben auf ihrer Weigerung der Besiegelung bestehen und erklärten sich nur bereit, ihren Oberen von allem Bericht zu erstatten. Am Vormittag des 30. Juli verließ dann auch Ferdinand die Stadt.

Den Beschluß der ganzen Regensburger Verhandlungen machten dann noch zwei

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Sonderabschiede, einmal der Schmalkaldner und dann der gesamten Protestanten. Während der erstere vor allem die Stellung Goslars zu Heinrich von Braunschweig und andere mehr lokale Angelegenheiten betraf, beschäftigte sich der andere mit den Regensburger Verhandlungen und insonderheit mit der Deklaration. Es spricht doch aus dem ganzen Wortlaut dieses Abschiedes aller Protestanten trotz vieler Bedenken ein gewisses Gefühl der Befriedigung, zunächst, daß sie in allen religiösen Fragen für einen Mann gestanden, und ferner, daß sie allen Schwierigkeiten zum Trotz die Deklaration erlangt haben. Dabei verschließen sie sich keineswegs der Erkenntnis, daß mit diesem Erfolge ihre Wünsche nach einem beständigen „satten" Frieden keineswegs erfüllt seien. Umso entschiedener machen sie die Gewährung einer beharrlichen Hilfe, die dem kommenden Tage in Speier vorbehalten worden war, schon jetzt ausdrücklich von der Gewährung eines beständigen Friedens und gleichmäßigen Rechtes abhängig. Ebenso treffen sie noch Vorbereitungen, daß die versprochene Visitation des Kammergerichtes in ihrem Sinne durchgeführt werde.

Betrachten wir zum Schluß das Ergebnis dieser langwierigen Regensburger Verhandlungen im einzelnen, so ergibt sich zunächst für den Kaiser kein erfreuliches Bild. Die Hauptaufgabe, die er dem Reichstage gestellt hatte, eine Einigung in Deutschland herbeizuführen, um dann mit dieser gesamten Macht zum entscheidenden Stoße gegen die Türken auszuholen, war gescheitert. Es war ihm nicht einmal gelungen, die beharrliche Hilfe von den Ständen zu verlangen. Zwar hatten in den letzten Julitagen alle Kurfürsten und Fürsten ihre Bereitwilligkeit erklärt, 20,000 Knechte und 4000 Reiter drei Jahre lang zu unterhalten, aber wie schon vorher von den Kurfürsten und Protestanten zusammen, so war auch jetzt von ihnen allen die ausdrückliche Bedingung daran geknüpft worden, daß sie beständigen Friedens und gleichmäßigen Rechtens versichert werden sollten; ebenso verlangten sie, daß Ferdinand mit Polen zusammen 30,000 leichte Reiter aufbringen und Karl außer eigner Hilfe zu Lande und zu Wasser die anderen christlichen Potentaten zu energischer Unterstützung veranlassen solle; das genauere sollte dann dem in Speier am 12. Januar 1542 angesetzten Tage vorbehalten bleiben. Kamen sie dann auch Karls Wunsch entgegen und versprachen ihm, auch ohne fremde Unterstützung ihm helfen zu wollen, so war doch die ganze Angelegenheit vertagt, und da in Speier von den Protestanten kaum geringerer Widerstand zu erwarten war, so bedeutete diese Verschiebung für ihn also eine Wiederholung desselben unerquicklichen Spieles mit denselben langwierigen Verhandlungen und demselben ungewissen Erfolge. Auch insofern war der Regensburger Tag für den Kaiser nur der Anfang neuer Schwierigkeiten, als hier wieder der alte Streit zwischen Fürsten und Städten ausgebrochen war. Hatten zuerst auch nur die katholischen Reichsstädte sich abgesondert, so hatten doch am Schluß des Reichstages alle Städte ihre Beschwerden zu den ihren gemacht, und es kam für Karl darauf an, ohne selbst ausgesprochene Partei zu ergreifen, vor allem die Städte durch ein gewisses Entgegenkommen zu beschwichtigen, um nicht den ärgerlichen und unbequemen Streit noch größer werden zu lassen. Das einzige positive Ergebnis des Reichstages war demnach für den Kaiser die Bewilligung der eilenden Hilfe, einer an und für sich nicht unansehnlichen Unterstützung; es war blos die große Frage, ob sie auch in dem ganzen Umfange und dem schnellen Maße, wie es dringend nötig war, von den Ständen aufgebracht werden würde, und da ließen die früheren Erfahrungen nicht zuviel erhoffen.

Mit welchen Mühen, Anstrengungen und Opfern aber hatte Karl diesen einen doch wahrlich nicht großen Erfolg erkaufen müssen! Um die Stände zu gewinnen, hatte er sich

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

zu einem Schritte entschließen müssen, der, selbst wenn er auch vollkommen rechtmäßig war, jedenfalls schwere Gefahren für die Zukunft und den Keim neuer Verwicklungen in sich barg. Nur durch zwei Sonderdeklarationen, die er beide ganz im geheimen den katholischen wie protestantischen Ständen gegeben hatte, war es ihm gelungen, ihre Zustimmung zu erlangen. Allerdings war die den Katholiken gegebene Deklaration nicht von zu großer Bedeutung. Karl sicherte ihnen im Gegensatze zu den Wünschen der Protestanten und der Fassung des Abschieds zu, daß die Geistlichen nicht nur ihre Renten, Zinsen und Einkommen, soweit sie noch in ihrem Besitz wären, sondern auch ihre Obrigkeit und Gerechtigkeit behalten sollten. Setzte sich so schon diese Deklaration mit dem Abschied in einem Punkte in direkten Gegensatz, so tat es die protestantische Deklaration in den wichtigsten und bedeutete in letzter Linie nichts anderes als ein völliges Eingehen Karls auf die protestantischen Forderungen. Unmöglich konnte Karl selbst annehmen, daß diese Deklaration, die den Reichsabschied doch völlig zu Ungunsten der Katholiken umzuändern drohte, diesen, wie er gewünscht hatte, verborgen bleiben konnte. Schon zwei Tage nach ihrem Erlaß berichtete Hoetfilter im Auftrage des Mainzer Erzbischofes über sie im allgemeinen nach Rom, ohne allerdings ihren Inhalt bereits im einzelnen zu kennen. Je mehr von ihrem Inhalte durchsickerte, desto größer wurde natürlich auf katholischer Seite der Unwille. Am heftigsten gebärdete sich wieder Eck, der überhaupt dem Kaiser das Recht bestritt, eine solche Deklaration ohne der Reichsstände Zutun zu erlassen. Jedenfalls hatte er aber vollkommen Recht mit seiner Äußerung, daß dieser Weg Karls, beiden Parteien widersprechende Deklarationen zu geben, die Schwierigkeiten nicht löste, sondern ihre Lösung den Ständen zuschob. Nicht minder scharf äußerte sich der Mainzer Erzbischof, der sich bei Ferdinand darüber beschwerte, daß er als Erzkanzler davon kein Wissen trage. Ebenso empört war man am päpstlichen Hofe. Nicht nur Karl selbst versuchte, seine Haltung zu rechtfertigen, er schickte vielmehr Granvella noch nach Rom, um die Deklaration mit der Notlage zu entschuldigen; sie aber jetzt schon preiszugeben, wie es der päpstliche Nuntius an Ferdinands Hofe verlangte, war unmöglich, wenn er nicht alles wieder gefährden wollte.

Gewiß, die Deklaration war, wenn sie ihm auch nicht abgelistet worden war, so doch in ihrer endgültigen Form durch sein Versehen eine andere geworden, als er sie selbst hatte geben wollen, aber die Not zwang ihn immer noch, sie vorläufig zu halten. Und das ist das Entscheidende bei der Beurteilung der Deklaration. Unzweifelhaft war sie zunächst ein Erfolg der Protestanten, und so faßte es auch ein großer Teil von ihnen auf. Aber ebensowenig konnte man sich der Einsicht verschließen, daß diese Deklaration Karl nur förmlich abgezwungen worden war, daß „alles nur eine Auskunft, für den Augenblick getroffen und nur auf augenblickliche Dauer berechnet war". Auf ein doppeltes kam es für die Folgezeit an, um den Erfolg zu einem vollständigen und dauernden zu machen. Würde einmal der Kaiser selbst auch in Zukunft die Deklaration ihnen halten, und dann, würde es ihnen gelingen, auch die Katholiken zu ihrer Anerkennung zu veranlassen? Solange über Karls Gesinnung keine völlige Sicherheit herrschte und solange die Deklaration durch Aufnahme in den Reichsabschied nicht auch von den Katholiken als zu Recht bestehend anerkannt worden war, solange konnten die Protestanten sich keinen vollen Erfolg zuschreiben. Ob ihnen dies gelingen würde, hing von der Weiterentwicklung der politischen Lage überhaupt wie von der ferneren Machtstellung der Protestanten ab. Würde die erstere sich auch in Zukunft so günstig wie vorher für diese entwickeln, daß der Kaiser selbst nicht nur die Deklaration halten, sondern auch einen derartigen Druck auf die Katholiken

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

ausüben würde, daß sie ihren Widerstand wegen ihrer Anerkennung fallen lassen würden? Und dann, würden die Protestanten auch weiter wie bisher nicht nur klug und geschickt die Lage ausnutzen, sondern auch ihre Forderungen nach außen hin geschlossen, einmütig und energisch vertreten und gegebenenfalls auch im Vertrauen auf ihre Stärke vor einem Waffengange mit den Gegnern nicht zurückschrecken? So war die Deklaration im Grunde mehr ein Wechsel auf die Zukunft; diese mußte über ihren Wert oder Unwert erst entscheiden.

Wenn demnach der augenblickliche Erfolg der Regensburger Verhandlungen für den Kaiser nur ein geringer war und zunächst mehr auf Seiten der Protestanten lag, so bezeichnet doch derselbe Regensburger Tag nach einer andern Richtung hin einen Erfolg der Politik des Kaisers, der alles wieder zu seinen Gunsten wandelte. Durch Separatverhandlungen war es ihm gelungen, zwei protestantische Fürsten, den Kurfürsten von Brandenburg und den Landgrafen von Hessen, durch besondere Verträge in wichtigen Fragen an sich zu fesseln; vor allem war es ein Meisterstreich der kaiserlichen Politik, in Philipp das tatkräftige Haupt des Schmalkaldischen Bundes auf seine Seite zu ziehen und so die Tätigkeit des Bundes in wichtigen Angelegenheiten zum Teil lahm zu legen.

Ist so der Regensburger Tag schon im einzelnen von großer Wichtigkeit, so wohnt ihm doch noch eine weitere allgemeine Bedeutung bei, die schließlich für das Verhältnis zwischen dem Kaiser und den Protestanten die entscheidende Wendung herbeiführen sollte. Auf katholischer wie protestantischer Seite sprach man von der „Tragödie" zu Regensburg; für den Protestantismus trifft diese Bezeichnung durchaus zu, allerdings in einer andern Bedeutung, als es gemeint war. Wie oben erwähnt, war es Karls Absicht und Wunsch gewesen, durch möglichstes Engegenkommen eine religiöse Einigung herbeizuführen. Gewiß, auch die Katholiken hatten ihm hierbei ebenso wie die Protestanten heftigen Widerstand entgegengesetzt, aber wenn Morone auch berichtet, daß der Kaiser infolge des Scheiterns seines Planes gegen alle sehr erbittert sei, so mußte naturgemäß doch sein größter Unwille sich gegen die Protestanten richten, zumal diese durch ihre Hartnäckigkeit in der Bewilligung der Türkenhilfe ihn auch noch um diesen letzten Erfolg zu bringen drohten. Daher werden wir seine Äußerungen, die ihm damals bereits Anfang Juli entschlüpften, er werde sein Leben daransetzen und nie zugeben, daß diese Sekte noch weitere Verbreitung finde, nicht allein auf Kosten der augenblicklichen Erregung setzen dürfen, sie spiegeln doch wohl seine wahre Stimmung wieder, die, je widerspenstiger sich seine Gegner in den folgenden Wochen noch zeigten, sich desto mehr noch zu ihren Ungunsten verschärfen mußte. Immer gewisser bildete sich in ihm auf Grund der Regensburger Verhandlungen die feste Überzeugung aus, daß, da eine gütliche Einigung sich als unmöglich erwiesen hatte, nichts anderes übrig bleibe, als mit Waffengewalt die Protestanten zu unterwerfen. So brachte der Regensburger Reichstag den Entschluß des Krieges in Karl zur Reife; freilich, das bedeutete noch keineswegs seine Ausführung. Im Gegenteil, vorläufig, für die nächsten Jahre, war daran noch nicht zu denken, das verbot nicht nur die gesamte politische Lage, die allem Anschein nach für seine Gegner infolge des unmittelbar bevorstehenden türkischen Angriffes und der neuen drohenden französischen Verwicklungen sich noch günstiger zu gestalten schien, das verbot auch die damalige imposante Machtstellung des Protestantismus, zumal da Karl noch zur Zeit geneigt war, sie zu überschätzen. Aber Karl war nicht der Mann, einen Entschluß, der sich ihm einmal als notwendig erwiesen hatte, aufzugeben, wenn er ihn auch für längere Zeit zurückstellen mußte. Das beweist

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

nicht nur die prägnante Charakteristik Bucers aus jener Zeit, der vor allem seine große Hartnäckigkeit in seinen Entschlüssen hervorhebt, das beweist nicht nur ein Schreiben Karls selber von Beginn des Jahres 1542, in dem er seine Pläne für die folgenden Jahre im voraus entwickelt und in deren Mittelpunkt die für den Frühling des Jahres 1544 in Aussicht genommene Unterwerfung des Herzogs von Cleve steht, das beweist vor allem sein Verhalten in dieser letzten Angelegenheit selbst. Von Anfang an, als diese Streitfrage im Jahre 1538 durch den Tod des letzten Herzogs von Geldern akut geworden war, nahm Karl den Standpunkt ein, daß Geldern auf Grund der Rechtmäßigkeit seiner Ansprüche ihm gebühre und zufallen müsse, aber genau so wie sein Verhältnis zu den Protestanten von der politischen Lage abhängig war, so war es auch in dieser Frage der Fall. Am liebsten hätte Karl auch hier eine friedliche Vergleichung gesehen, und darauf zielten auch seine ersten Bemühungen ab; als es sich aber in Gent im Jahre 1540 und im folgenden Jahre in Regensburg deutlich zeigte, daß alle Versuche einer friedlichen Beilegung des Streites nutzlos seien, da faßte er den Plan, mit Gewalt gegen den Herzog vorzugehen, und wenn ihn auch die politischen Verhältnisse zwangen, seine Ausführung noch zu verschieben, so hielt er doch in der ganzen folgenden Zeit mit der ihm eigenen Zähigkeit an seinem Entschluß fest, bis er ihn dann, noch eher als er gedacht hatte, im Sommer 1543 zur Ausführung bringen konnte. So dürfen wir auch in der für Karl wichtigsten Frage, der Regelung seines Verhältnisses zu den Protestanten, trotz mangelnder direkter Beweise annehmen, daß er, nachdem er in Regensburg sich von der Notwendigkeit eines bewaffneten Einschreitens gegen seine Gegner überzeugt hatte, in der Folgezeit an diesem Plan festgehalten hat. Von diesem Gesichtspunkt aus bedeutet daher der Regensburger Tag in letzter Linie für die Protestanten den ersten Akt der Tragödie, deren letzter sich 5 Jahre später in demselben Regensburg abspielen sollte.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf